



Donnerstag, 30. April 2026, 16:00 Uhr
~18 Minuten Lesezeit

Der Unsozialdemokrat

Mit seinen jüngsten Reformplänen setzt Lars Klingbeil das Zerstörungswerk seiner glücklosen Amtsvorgänger ungeniert fort.

von Das Gewerkschaftsforum

Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (Mo Photography Berlin, Ground Picture, Valenty Volkov)

Man hätte meinen können, mit Sigmar Gabriel, Saskia Esken und Olaf Scholz sei die Sozialdemokratie schon an der Talsohle ihrer historischen Entwicklung

angekommen. Für die Partei Willy Brandts, Herausgeberin der Zeitschrift „Vorwärts“, gab es in den letzten Jahren nur noch eine Richtung: abwärts. Aber auch in Zeiten schwindender Bedeutung und bröckelnder Wahlergebnisse schafft es die SPD offenbar, alles immer noch schlimmer zu machen. Dafür steht wie kein anderer der amtierende Co-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Lars Klingbeil. Dessen Rede „Reformen für ein starkes Land“ war für den Werteverfall der Traditionspartei symptomatisch. Konnte man frühere Vorsitzende der Partei noch als erfolglose Sozialdemokraten bezeichnen, so ist Lars Klingbeil eigentlich überhaupt keiner mehr. Mehr und länger arbeiten, die Zerstörung der Familiensolidarität, weniger Geld in den Taschen der Arbeitnehmer und „Sozialpolitik“, die für Arbeitgeber bequem ist – so sieht der „Zukunftsentwurf“ das Mannes aus, den viele für den mächtigsten Politiker im Land halten. Bleibt Klingbeil trotz desaströser Umfragewerte an seinem Sessel kleben und kommt nichts Besseres nach, dann war's das mit der ruhmreichen deutschen Sozialdemokratie.

von Suitbert Cechura

Nach zwei Landtagswahlniederlagen hat der Ko-Vorsitzende der SPD und Vizekanzler Lars Klingbeil eine Einladung der Bertelsmann-Stiftung genutzt, um eine Grundsatzrede zu halten. Unter dem Titel „Reformen für ein starkes Land“ wollte er mit seiner Rede gleich mehrere Ziele erreichen: Die SPD aus ihrem Tief führen, als

Koalition Handlungsfähigkeit beweisen und durch betonten Nationalismus der AfD das Wasser abgraben.

„Deutschland, Deutschland über alles“ (Das Deutschlandlied, 1. Strophe, A.H. Hoffmann von Fallersleben, 1841).

Entsprechend fiel die Rede aus. Am Beginn stand ein Bekenntnis zur Nation:

„Deutschland ist ein großartiges Land ... Ich will, dass Menschen gerne hier in Deutschland leben, sich für das Gemeinwohl einbringen.“

Womit er gleich klarstellte, wofür dieses großartige Land da ist: Nicht für die Bürger, sondern diese haben sich für das Gemeinwesen und sein Wohl einzusetzen. Worin das besteht, darüber ließ er keinen Zweifel aufkommen: *„Und ich will, dass Deutschland Verantwortung in Europa und der Welt übernimmt.“* Diese Verantwortung richtet sich nicht auf ein gutes Leben seiner Bürger, sondern darauf, dass Deutschland im Chor der Großmächte mitspielen kann:

„Ob Deutschland ein starkes Land bleibt, liegt an uns selbst. Wir allein entscheiden darüber. Nicht das Weiße Haus, nicht die Große Halle des Volkes – und erst recht nicht der Kreml. Wir entscheiden das. Und dafür sind wir alle gefordert.“

Und da gab er auch gleich vor, wohin die Reise für Deutschland gehen soll:

„Ausgangspunkt einer jeden Veränderung muss die ökonomische Souveränität sein. Wirtschaftliche Stärke und gute Arbeitsplätze. Wir brauchen Technologieführerschaft in zentralen Bereichen, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Investitionen, eine moderne industrielle Basis, sichere Lieferketten, funktionierende

Kapitalmärkte. Genauso braucht es Mitbestimmung, eine starke Sozialpartnerschaft und gerecht verteilten Wohlstand.“

Schon der erste Anspruch hat etwas von Größenwahn an sich: Schließlich denkt der SPD-Vorsitzende ja nicht daran, dass in Deutschland selbstgenügsam alles produziert wird, was man im Lande so braucht.

Ökonomische Souveränität bedeutet nichts Geringeres, als dass Deutschland so stark sein soll, dass kein anderes Land seine Ökonomie beeinträchtigen oder im auswärtigen Interesse beeinflussen kann.

Deutschland soll vielmehr allen anderen Ländern die ökonomischen Bedingungen diktieren können, statt sich diese von anderen diktieren zu lassen. Und so sind denn auch gute Arbeitsplätze nur solche, die dazu beitragen, dass sie sich für die Anwender der Arbeit lohnen und damit zur Stärke Deutschlands beitragen.

Wenn von Technologieführerschaft die Rede ist, dann bedeutet dies eben auch, durch Einsatz von Technologien bezahlte Arbeit überflüssig zu machen. Durch kostengünstige Produktion sollen andere aus dem Markt verdrängt werden. Rahmenbedingungen für Investitionen sind dann gut, wenn der Rahmen sich für die Investoren lohnt, wenn ihr Geschäft nicht durch zu viel Rücksichtnahme auf Mensch und Natur beeinträchtigt wird.

Mit dem Anspruch auf eine moderne industrielle Basis ergeht auch eine Forderung an das Kapital: Investitionen sollen den Standort Deutschland stärken. Hat deutsche Politik sich bislang dafür eingesetzt, dass deutsche Unternehmen sich bei Märkten und Menschen in aller Welt bedienen können, so stehen Investitionen nun unter einem nationalen Vorbehalt. Da wird nicht nur vom Vizekanzler, sondern auch von den Leitmedien die Frage aufgeworfen, ob ein Chemiewerk von BASF in China deutschen

Interessen dient oder ob sich da nicht Kapitalisten als vaterlandslose Gesellen zeigen. Für sichere Lieferketten braucht es natürlich auch viel Militär, um Deutschlands Handel mit der Welt abzusichern. Und Kapitalmärkte funktionieren dann, wenn Kapitalanleger Deutschland als attraktiven Standort sehen, um ihr Geld zu vermehren.

Natürlich darf die Duftmarke am Schluss nicht fehlen:

Als SPD-Vorsitzender weiß Lars Klingbeil, dass er die Leistung der Gewerkschaften zu würdigen hat. Die tragen ja dazu bei, dass Arbeiter und Angestellte im Lande noch jede Zumutung und jeden Reallohnverlust hinnehmen.

Sie sind eben auch ein Garant für den sozialen Frieden und damit für Deutschlands Stärke.

Die weltgeschichtlichen Ereignisse wiederholen sich: „erst als Tragödie, dann als Farce“ (Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte 1852).

In der Pose eines Gerhard Schröder, dem er bei den Hartz-Gesetzen assistieren durfte, will Klingbeil nun Deutschland auf Vordermann bringen, wobei die bereits durchgesetzte Verarmung weiter Teile der Bevölkerung den neuen Maßnahmen gewisse Grenzen setzt. Aber klar ist für den Vizekanzler – wenn auch die Einsparmöglichkeiten noch nicht ganz klar sind –, dass der generelle Standpunkt zu gelten hat: Für die Stärke Deutschlands haben die Bürger gefälligst Opfer zu bringen. Die Ausnutzung von Opferbereitschaft sollen jetzt die Reformen – wie damals beim großen Wurf der Agenda 2010 – auf jeden Fall leisten. Und was der Vizekanzler will, das müssen auch die Bürger wollen:

„Mein Gefühl ist, die Menschen in unserem Land sind auch bereit,

Opfer zu bringen und Veränderungen zu akzeptieren.“

Ob die Bürger bereit sind, Opfer zu bringen oder nicht, davon macht sich ein Politiker allerdings nicht abhängig, wenn er neue Gesetze auf den Weg bringen will.

Ganz im Sinne seines Reformeifers wird Klingbeil dann selbstkritisch:

„Der Staat ist für vieles in den letzten Jahren eingesprungen und hat hunderte Milliarden in die Hand genommen, um Auswirkungen von Krisen abzufedern. Soziale wie wirtschaftliche Folgen zu lindern. Das war richtig. Aber es hat auch den Blick auf tieferliegende Probleme verzerrt. In 2026 funktioniert das nicht mehr. Wir können nicht jede Krise und jedes Problem mit noch mehr Geld beantworten.“

Mit dieser Selbstkritik meint der Finanzminister natürlich nicht das grenzenlose Aufrüstungsprogramm oder das Investitionsprogramm fürs Kriegstauglich-Machen der Infrastruktur.

Dass in der Finanzkrise und in der Corona-Pandemie massiv der Wirtschaft geholfen wurde, soll eine einzige soziale Dienstleistung gewesen sein. Damit erinnert er die Mehrzahl der Bürger daran, dass sie schließlich in ihrer Existenz davon abhängig sind, dass andere mit ihrer Arbeit ein Geschäft machen, also ihr Geld vermehren. Ganz in der Tradition seines großen Vorbilds Schröder geht er daher die Reformen an:

„Ich möchte mit dem Arbeitsmarkt beginnen, weil der mir als Sozialdemokrat besonders am Herzen liegt. Und weil er uns Veränderungsbereitschaft abverlangen wird.“

Womit er kein Versprechen abgibt, für diejenigen zu sorgen, die sich am Arbeitsmarkt anbieten müssen. Seine Ansage klingt vielmehr wie

eine Drohung.

In welche Richtung die Reformen sich bewegen müssen, leitet er mit einer kurzen Bemerkung ein, die für sich selbst sprechen soll: „Die demografische Entwicklung ist eindeutig.“ Womit zum Ausdruck gebracht werden soll, dass die deutsche Wirtschaft mehr Arbeitskräfte braucht. Dabei war diese nie davon abhängig, wie viele junge Menschen geboren wurden. Deutschland hat immer Arbeitskräfte importiert – mal als Gastarbeiter, mal als Flüchtlinge oder Migranten –, wenn sie gebraucht wurden. Wie viel die Wirtschaft braucht, bemisst sich auch nicht an der Zahl der vorhandenen Stellen im Verhältnis zu den Menschen, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind. Denn schließlich gibt es ja im Lande mehrere Millionen Arbeitslose, die sich vergeblich um eine Anstellung bemühen.

Der Arbeitsmarkt liegt dem nationalen Sozialdemokraten so sehr am Herzen, dass für das Kapital immer ein Überangebot von möglichst preisgünstigen und entsprechend qualifizierten Arbeitskräften vorhanden sein muss, damit der nationale Wirtschaftserfolg auch gelingt:

„Darüber hinaus werden wir weiter offensiv um qualifizierte Fachkräfte aus aller Welt werben.“ Die braucht es auch dann, wenn viele Großkonzerne massenhaft Arbeitskräfte freisetzen, etwa durch Abfindungsprogramme und Frühverrentung. Das steht auch nicht im Widerspruch zu den mit sozialdemokratischer Zustimmung in die Welt gesetzten Abschiebeprogrammen der Bundesregierung. Denn in jedem nicht rechtmäßig eingereisten Ausländer sehen Politiker, da herrscht schwarzrote Einigkeit, einen Angriff auf ihre Souveränität und Entscheidungsfreiheit.

„Geh mit der Zeit – Geh mit der SPD“ (SPD-Slogan zur Verabschiedung des Godesberger Programms)

<https://www.fes.de/adsd50/godesberger-programm>), 1959).

Und so stimmt der oberste Sozialdemokrat auch nahtlos in den Chor derjenigen ein, die wie Kanzler Friedrich Merz fordern: „Wir werden als Gesellschaft insgesamt mehr arbeiten müssen.“

Gelungen, wie hier ganz sachlich die Einigkeit in der Regierung präsentiert wird. Mit der Gesellschaft meint der Mann natürlich nicht sich oder den Kanzler, sondern einen bestimmten Teil des „Wir“, den es zunächst ausführlicher zu würdigen gilt:

„Menschen, die jeden Tag früh morgens aufstehen, Überstunden schieben und sich nebenbei noch um Kinder, Angehörige, Sportverein und Nachbarschaft kümmern, sollen keine Sorgen vor mehr Belastungen haben. Ich weiß, was die allermeisten Menschen in unserem Land Tag für Tag leisten, und dass viele schon jetzt an der Grenze sind. Genau diejenigen wollen wir entlasten, indem wir andere Potenziale freisetzen.“

Damit ist schon einmal ein Maßstab in die Welt gesetzt, an dem er seine Bürger messen will. Wer weniger leistet, kann also noch beansprucht werden. Wo diese Potenziale anzusiedeln sind, hat er denn auch schnell verortet:

„Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt sind offensichtlich: Hohe Teilzeitquoten. Anreize für frühes Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt, Transfersysteme, die Mehrarbeit teilweise sogar entwerten.“

Womit der Arbeiterpolitiker zum Ausdruck bringt, worin sein Einsatz für die Arbeiter und Angestellten besteht: Dass sie möglichst viel ihrer Lebenszeit in der Arbeit verbringen. Arbeiter sind eben zum Arbeiten da, jede Zeit für die eigene Lebensgestaltung ist damit in den Augen des führenden Sozialdemokraten eine Verschwendung an Wirtschaftskraft.

Warum Menschen auf sogenannte Transferleistungen angewiesen sind, beschäftigt diesen Parteichef nicht. Immerhin hat seine Partei maßgeblich mit dafür gesorgt, dass es in Deutschland einen Niedriglohnsektor gibt, bestückt mit Löhnen, die zum Lebensunterhalt nicht reichen und die daher mit Transferleistungen „aufgestockt“ werden müssen.

Mit seiner Diagnose hat er stattdessen gleich die Gruppen ausfindig gemacht, die es für Deutschlands ökonomische Souveränität zu nutzen gilt, an erster Stelle die Frauen:

„Ich will steuerliche Fehlanreize beseitigen, die vor allem Frauen in der Teilzeitfalle halten. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt, dass 35 Prozent der nichterwerbsfähigen Frauen keinen finanziellen Vorteil darin sehen, überhaupt zu arbeiten. Grund: Ein Steuersystem aus dem letzten Jahrhundert, genannt Ehegattensplitting. Ich will das Ehegattensplitting in seiner heutigen Form für zukünftige Ehen abschaffen. Eine Reform könnte zur Besetzung von zehntausenden Vollzeitstellen führen.“

Dass Eheleute sich heutzutage aussuchen können, was für sie die günstigste Kombination der Steuerklassen ist, soll nicht länger hinnehmbar sein.

Während in anderen Gesetzen nicht nur Ehepartner, sondern auch ohne Trauschein zusammenlebende Paare finanziell für einander haften sollen – wie zum Beispiel bei der Grundsicherung –, will Finanzminister Klingbeil verheiratete Paare nur noch steuerlich als Individuen sehen, die beide gleichermaßen belangt werden. So soll der finanzielle Zwang bei Paaren erhöht werden, dass auch die Frauen voll arbeiten – das gilt nicht nur bei Sozialdemokraten als Befreiung der Frau. Dass damit die Zeit schrumpft, die Paaren für Privates bleibt, und auch die Hausarbeiten nicht weniger werden, spielt da keine Rolle. Es geht ja um Deutschlands Stärke!

Nicht nur mit steuerlichen Mitteln will Klingbeil den Frauen zu Leibe rücken:

„Ich habe diese Woche vernommen, dass unsere Gesundheitsministerin Frau Warzen den Vorschlag gemacht hat, die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern in die Krankenversicherung abzuschaffen. Das werden wir uns ansehen.“

Womit er im Pluralis Majestatis der CDU-Ministerin zustimmt, auch von dieser Seite aus die Frauen finanziell in die Mangel zu nehmen. Hat dies doch zudem den Vorteil, dass damit die Einnahmen der Krankenversicherungen steigen.

Nicht nur die Frauen hat Klingbeil bei seinen Reformen im Blick, auch die Alten sollen mehr arbeiten:

„Aber klar ist auch: Wir werden die Frage beantworten, wie wir im Rentensystem mehr Anreize schaffen, damit Menschen später in Rente gehen.“

Denn mehr Zeit für sich im Alter zu haben, geht gar nicht. Und in sozialdemokratischer Manier macht er dies gleich zu einer Gerechtigkeitsfrage, indem er Personengruppen gegeneinander ausspielt. Dabei soll keine der angesprochenen Parteien etwa mehr bekommen, es soll sich vielmehr für den Staat auszahlen:

„Ich persönlich finde es zum Beispiel ungerecht, wenn Menschen mit Ende 20 anfangen zu arbeiten und dann Anfang 60 früher in eine lange Rente gehen, weil ihre Arbeit oder ihr Vermögen es ihnen ermöglicht. Gleichzeitig wissen viele, die mit 17 ihren Job beginnen nicht, wie das reichen soll, wenn sie mit Mitte 60 in Rente gehen. Und dann auch noch statistisch gesehen deutlich kürzere Rente beziehen.“

So dürfen sich die Bürger übereinander aufregen und sollen

vergessen, wer denn dazu beigetragen hat, dass sich viele Rentner nach einem langen Arbeitsleben in Armut wiederfinden. Damit der Zwang zur Arbeit auch im Alter nicht aufhört, hat der Finanzminister gleich einen Vorschlag parat:

„Ich unterstütze den Vorschlag, dass wir uns bei der Rente viel stärker an den Beitragsjahren orientieren. Dass wir damit aufhören, frühes Ausscheiden zu fördern. Ich finde es viel sinnvoller, längeres Arbeiten zu fördern.“

Womit klargestellt ist, wozu die Gerechtigkeitsfrage taugt: Alle sollen mehr und länger arbeiten.

Mit seiner Grundsatzrede denkt der Finanzminister und SPD-Vorsitzende natürlich im großen Rahmen, so will er nicht nur den Zwang zur Arbeit steigern, sondern Arbeitsverhältnisse unsicherer machen – und das als eine Dienstleistung für Kapitalisten und Arbeitnehmer:

„Wir sehen aktuell, dass viele Arbeitgeber davor zurückschrecken, neue Leute einzustellen. Das hängt einerseits mit der Unsicherheit durch die Krisenjahre zusammen. Aber bei dieser Zurückhaltung geht es auch um ein strukturelles Problem. Gerade Unternehmen, die in Investitionen investieren, gehen ein hohes finanzielles Risiko ein. Hier könnte ich mir vorstellen, dass wir bei Start-Ups, verlängerte Befristungsmöglichkeiten schaffen. Mit dem Ziel, dass sich Unternehmen trauen, in einer Phase der Unsicherheit, mehr Menschen einzustellen.“

Wird sonst immer darauf verwiesen, dass die Gewinne den Unternehmen deshalb zustehen, weil sie das Risiko tragen, macht der Minister hier deutlich, wer es zu tragen hat: Damit Unternehmen ihr Risiko minimieren können, sollen es diejenigen tragen, die von ihrer Arbeit leben müssen und von der Kalkulation der Unternehmen abhängig sind.

Wenn Klingbeil dann einschränkt: „Wir werden uns nicht allein über niedrigere Kosten oder billigere Arbeitskräfte in der weltweiten Konkurrenz behaupten.“ So bedeutet dies nicht, dass er deshalb auf die Verbilligung von Arbeit verzichten will. Mit all diesen Maßnahmen will er die Grundlage schaffen, dass Deutschland seine Konkurrenzsituation in der Welt verbessert. Das wirkt zwar im Einzelnen etwas lächerlich angesichts einer Lage, in der die Nation durch den Krieg gegen Russland ihre billige Energiebasis verloren und damit ihre Wettbewerbssituation nicht nur gegenüber China verschlechtert hat; zudem als ehemaliger Exportweltmeister durch die Zollpolitik des US-Präsidenten um weitere Marktvorteile gebracht worden ist. Diese Nachteile kann die weitere Verarmung der Bevölkerung im Lande nicht einfach ausgleichen. Dennoch ist sich der Vizekanzler mit dem Kanzler darin einig, dass dies die unabdingbare Grundlage darstellt.

„Wann wir schreiten Seit an Seit ... Mit uns zieht die neue Zeit“
(ehem. Parteilied der SPD, Hermann Claudius, erst SPD, dann NSDAP, 1914).

Opfer will der Vizekanzler den Bürgern nicht ersparen, die sozialdemokratische Qualität der Politik soll darin bestehen, dass sie gerecht verteilt werden.

Daher hält er sich nicht mit Kritik an deutschen Unternehmen zurück:

„Wenn beispielsweise führende Autokonzerne die Produktion von Batterien nach China auslagern oder deutsche Konzerne neue Fabriken ausschließlich in Osteuropa bauen, dann frage ich mich: Wo ist der deutsche Standortpatriotismus geblieben?“

Eine seltsame Kritik, haben doch die Politiker alles dafür getan, dass deutsche Unternehmen möglichst die ganze Welt als Anlagesphäre und Absatzmarkt für sich nutzen können. Damit deutsche Firmen im

großen Stil auf billige osteuropäische Arbeitskräfte zugreifen konnten, mussten diese Länder mit Hilfe Deutschlands in die EU geholt werden. Angesichts der neuen Weltmarktkonkurrenz – ohne billige Energiebasis sowie mit Kriegskosten und Zöllen belastet – sollen nun andere Maßstäbe gelten, jetzt steht alles unter strategischem Vorbehalt. Schließlich gehen deutsche Politiker fest davon aus, dass in Zukunft die aufgerüstete deutsche Militärmacht mit ihren Ansprüchen auf Widerstand stoßen wird und der Handel unter diesem Vorbehalt stattfindet.

Angesichts dieser schwierigen Weltlage gilt der Einsatz des führenden Sozialdemokraten ganz den kleinen Leuten:

„Ich habe in den vergangenen Tagen drei Dinge vorgeschlagen, um die Preise zu senken: Erstens sollten wir die Übergewinne der Energiekonzerne abschöpfen. Zweitens werbe ich für verbindliche Preisgrenzen, die vorgegeben werden. Unsere Nachbarländer, zum Beispiel Luxemburg, machen vor, wie das geht. Drittens, will ich gezielt abgeschöpfte Gewinne an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben – etwa durch Entlastung bei den Mobilitätskosten oder durch befristete Senkung der Energiesteuer.“

Bei diesen Vorschlägen müssten die Bürger doch ein Déjà-vu-Erlebnis haben. Gab es das nicht alles schon einmal? Scheiterte nicht die Abschöpfung der Übergewinnsteuer an der Unmöglichkeit, zwischen Gewinn und Übergewinn zu unterscheiden? Und wurde nicht diese Steueridee deshalb fallen gelassen? Aber egal: Politiker werben eben einfach für eine Lösung, auch und gerade dann, wenn sie davon ausgehen können, dass ihr Werben beim Regierungspartner auf Widerstand stößt und die Idee nicht umgesetzt wird. Dann kann man sich das Bemühen ans Revers heften! Die Rückgabe zusätzlicher Staatseinnahmen an die Bürger gab es als Versprechen auch schon mal, so bei der CO₂-Abgabe, die nicht Steuer heißen durfte, aber genauso erhoben wird – eine Rückgabe fand hier nie statt.

*„Der Staat muss seine Kraft dafür einsetzen, dass Reformen zu mehr Gerechtigkeit führen. Soziale Gerechtigkeit ist in dieser Zeit kein ‚nice to have‘. Es ist Teil eines starken Landes mit einer robusten, krisenfesten Gesellschaft. Gerechte Gesellschaften behaupten sich stärker gegen die Feinde der Demokratie und sind wirtschaftlich erfolgreicher.“ *

Gerechtigkeit bemisst sich demnach daran, inwieweit sie den Staat stabilisiert. Und in einem Land, in dem sich die Bürger alles bieten lassen, brauchen sich Politiker über ihr Fußvolk nur sehr eingeschränkt Gedanken zu machen:

„Hohe Inflation hat zwischen 2021 und 2023 zu massiven Reallohnverlusten geführt. Lediglich während der Weimarer Republik oder unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hat es massivere Einbußen gegeben.“

Damit will der SPD-Vorsitzende keineswegs Selbstkritik üben, schließlich haben er und seine Partei kräftig an diesem Ergebnis mitgewirkt. Auch will er damit nicht gesagt haben, die Beschäftigten sollten nun für höhere Löhne streiken. Seine Sorge gilt den falschen Kreuzchen, die die Bürger bei den nächsten Wahlen machen könnten. Deshalb will er in puncto Nationalismus die AfD übertreffen:

„Wer jeden Tag früh aufsteht und am Ende des Monats trotzdem nicht weiterkommt – der hat nicht versagt. Das System funktioniert so nicht mehr.“

Und deshalb gilt es die anzuprangern, die sich nicht nationalverantwortlich verhalten, auch wenn von dieser moralischen Verurteilung die anderen sich nicht mehr kaufen können:

„Und diese Menschen sehen natürlich, wenn Unternehmen sich in

Krisen bereichern, wie das jetzt die Ölkonzerne machen. Sie sehen, wenn die globale Kaffeekette ihre Steuerpflicht in eine Steueroase verschiebt und der Bäcker nebenan hier fair Steuern zahlt und die Innenstädte bereichert. Sie sehen, wie krass ungleich Vermögen und Chancen in Deutschland verteilt sind. Und dass sich ohne Erbschaft heute kaum jemand mehr den Traum der eigenen vier Wände erfüllen kann.“

Mit einer Kritik am Kapital, dem auch unter SPD-Herrschaft alle steuerlichen Wege bereitet wurden, darf das nicht verwechselt werden. Und in Erinnerung an alte Zeiten, in denen die SPD als Arbeiterpartei galt, gibt der Mann sich fordernd:

„Der Alltag muss für alle bezahlbar sein. Es braucht faire Löhne, mehr Tarifbindung und eine gerechte Beteiligung der Beschäftigten an den Gewinnen von Unternehmen. Eine starke Sozialpartnerschaft ist dafür zentral. Wenn Deutschland endlich wieder auf Wachstumskurs kommt, profitieren alle davon.“

Eine seltsame Logik: Hat er doch mit seinen Reformvorschlägen deutlich gemacht, dass die Menschen, die von Arbeit leben müssen, Opfer zu bringen haben, damit die Wirtschaft wächst, jetzt sollen ausgerechnet die Opfer der Politik die Profiteure des Wachstums sein, das beim Privateigentum der anderen Seite stattfindet.

„Energiekosten müssen runter. Die Energiekrisen der letzten Jahre sind die Haupttreiber der Inflation. Unter anderem der konsequente Ausbau der Erneuerbaren Energie senkt die Preise.“

So stellt sich einer hin, der mit seinem CO₂-Gesetz die Energiepreise mit hochgetrieben hat, um eine Preissenkung zum Sankt-Nimmerleins-Tag in Aussicht zu stellen, wenn dann endlich einmal die Erneuerbaren zu dieser Preissenkung führen sollten.

Doch in diesem Stile kann man munter weiter fordern gegen die

negativen Wirkungen, denen man selber den Weg bereitet hat:

„Die Mietkosten in den meisten deutschen Städten sind in den letzten Jahren explodiert ... Ich will deshalb, dass der Bund zukünftig Wohnungen in großem Stil bauen kann.“

Erst mit der sogenannten Mietpreisbremse den Vermietern zehnpromzentige Mieterhöhungen zugestehen, um dann die Mieter auf die Zukunft zu vertrösten, in der der Staat vielleicht einmal als Bauträger in Erscheinung tritt – genial!

Auch gegenüber den Reichen tritt er fordernd auf und will dort Gerechtigkeit schaffen – etwa für kleine Erben gegenüber großen. Dabei ist gleichzeitig klar, dass er sich dadurch mehr Einnahmen für den Staat verspricht. Ebenso sollen Steuern für Digitalplattformen wirken.

„Und schließlich: Ich verachte Steuerkriminalität.“ Offenbar so sehr, dass es der Staatsanwaltschaft von Seiten der Politik schwer gemacht wird, diese speziellen, mit viel fachlicher Unterstützung arbeitenden Kriminellen zu fassen.

Um dann am Schluss zu dem zu gelangen, was der Kern der ganzen Rede ist: „Unsere Stärke sichert unsere Freiheit. Oder um es runterzubrechen: Stärke ist Freiheit.“ Und in der Tat, Stärke verleiht Politikern Handlungsfreiheit – gegenüber den Bürgern wie gegenüber ausländischen Mächten. Deshalb gilt es auch, Einwände gegenüber diesem hehren Ziel, noch bevor sie erhoben werden, als Unding abzutun:

„Jeder Vorschlag, der darauf zielt, den Status quo zu verändern, führt zu einem Aufschrei und wird weg lobbyiert. Wahrscheinlich erlebe ich das gleich schon mit den Vorschlägen aus dieser Rede.“

Und so wirft er sich gleich noch in die Pose des Verfolgten, ausgerechnet von Lobbyisten, deren Macht nur so weit reicht, wie Politiker seines Formats ihnen Gehör schenken und in Gesetze gießen.

So könnte also das Fazit der Rede lauten, ganz im Sinne des Bekenntnisses zur Nation, das am Anfang stand:

„*Alles für Deutschland*“

Also eben so, wie die Schlagzeile aus dem sozialdemokratischen „Reichsbanner“ vom 26. Dezember 1931 lautete. Den Satz, für den AfD-Mann Höcke mit einer saftigen Geldstrafe belegt wurde, hat zuletzt die **Bildzeitung** (<https://www.bild.de/politik/inland/streit-um-alles-fuer-deutschland-fdp-kubicki-sieht-rechtsfrieden-bedroht-69cd19d3a1f688284ddfbfc4>) zitiert. Das darf man ja jetzt, wo der sozialdemokratische Ursprung der Losung klargestellt ist. Als Erinnerung an die SPD-Tradition muss das doch erlaubt sein – oder nicht, Herr Staatsanwalt?

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Beitrag erschien zuerst unter dem Titel „**Der Abgesang der deutschen Sozialdemokratie...**“ (<https://gewerkschaftsforum.de/tag/abgesang-der-deutschen-sozialdemokratie/>)“ beim **Gewerkschaftsforum** (<https://gewerkschaftsforum.de>).

Der Autor **Suibert Cechura** ist Hochschullehrer für Sozialmedizin

im Ruhestand.



Das **Gewerkschaftsforum** ist ein Internetjournal, das sich vorrangig mit gewerkschaftlichen Themen, aber auch mit sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen kritisch auseinandersetzt. Es wurde Ende 2013 von Gewerkschaftsaktivisten in Dortmund gegründet und möchte auf die Interessen der Mächtigen aufmerksam machen, den gewerkschaftlichen Kampf der Beschäftigten begleiten und den immer leiser gewordenen erwerbslosen und armen Menschen eine Stimme geben. Weitere Informationen unter **gewerkschaftsforum.de** (<https://gewerkschaftsforum.de>).